

sind dafür, die gemeinsamen Probleme aufzugreifen und an deren Lösung gemeinschaftlich zu arbeiten, wie z. B. beim Kampf um faire Wettbewerbsbedingungen mit der Verankerung von Sozialklauseln im internationalen Handel gegen Sozial- und Ökodumping einschl. Kinderarbeit und Verletzung von Menschen- und Arbeitnehmerrechten. Dabei geht es uns aber nicht, wie uns oft unterstellt wird, darum, den Globalisierungsprozeß im Welthandel aufhalten zu wollen, wir wissen sehr wohl, daß wir gegen den Weltmarkt keine Mauer errichten können, aber richtig kann doch eigentlich nur sein, durch gemeinsame Projekte eine gemeinsame, beiden Seiten nutzbringende Wirtschaftsbeziehung aufzubauen.

Heute leben in Deutschland viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Wohlstand, der für frühere Generationen unvorstellbar war, aber zugleich erfahren immer mehr Menschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert Massenarbeitslosigkeit, neue Armut und Demontage von sozialen Leistungen, die als gesichert galten.

Auf einem Beschäftigungsgipfel im April 1997 in Berlin wollen wir als Gewerkschaften gemeinsam mit Vertretern aus Politik, Arbeitgeberverbänden, aus Kirchen, den Frauen-, Jugend-, Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden aus den Kommunen sowie aus der Wissenschaft und den Medien wirksame Ansatzpunkte für eine Beschäftigungspolitik, die den Anspruch auf soziale Gerechtigkeit Rechnung trägt, zusammentragen und sie hinsichtlich der möglichen Umsetzbarkeit diskutieren und dann natürlich nach Möglichkeit auch umsetzen.

Ich erlaube mir, abschließend den Wunsch zu äußern, daß die Erkenntnisse der vergangenen zweieinhalb Tage nicht nur theoretische Aufarbeitung einer vergangenen Epoche und der Zwischenbilanz Aufbau Ost bleiben, sondern zu einem zukunftsfähigen Konzept zur Lösung der dringendsten Probleme in unserem Lande beitragen mögen. Schönen Dank.

**Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD):** Vielen Dank Frau Keller, wir möchten die Diskussion im Anschluß an die Podiumsrunde führen, und ich darf deswegen jetzt Herrn Professor Maier bitten, seinen Beitrag zu liefern.

**Prof. Dr. Jörg Maier:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren, zunächst einmal meinen herzlichen Dank, daß Sie mich zu dieser Veranstaltung eingeladen haben. Ich denke, wenn ich das Programm richtig gelesen habe, ist mein Part darin bestehend, auf die regionalwirtschaftliche Seite Bezug zu nehmen und vielleicht eine Antwort auf die Frage zu geben, wo gibt es besonders dynamische Bereiche, wo gibt es besondere Problemräume innerhalb der neuen Bundesländer? Das ist ja ein Thema, das Sie immer wieder angesprochen haben.

Was ist der Anlaß, daß jemand aus einer süddeutschen Universität zu dem norddeutschen bzw. mitteldeutschen Raum referiert? Die Antwort ist ganz einfach. Wir haben eine Vielzahl von kommunalen und regionalen Entwicklungskonzepten in Thüringen, in Sachsen und in Mecklenburg durchgeführt. Von

der unteren Ebene, also von den Kommunen her, versuche ich, Ihnen aus dieser Sicht eine gewisse Aussage in Verbindung mit gesamtwirtschaftlichen Daten auf der Ebene von Kreisen zu präsentieren.

Zweite Vorbemerkung: Ich halte bei der Betrachtung für ganz wichtig, wenn man an die Kommunen und die Bemühungen vor Ort in den Gemeinden und bei den Betrieben denkt, daß wir uns vor Augen halten, daß regionalwirtschaftliche Entwicklungen zu einem sehr hohen Anteil, d. h. mindestens zu 50 % von Psychologie, durch Erwartungshaltungen, durch Hoffnungen, durch Einstellungen, durch Vorurteile geprägt werden. Ich denke, daß diese Tatsache für uns alle wesentlich ist. Ich komme ebenfalls aus einem Grenzraum. Es ist wichtig, daß wir uns darüber im Klaren werden, daß, wenn ein Mensch sich Krankheiten einredet, sich jeden Tag Negatives einredet, er dann krank wird. Das gleiche gilt für Regionen. Wir plädieren daraufhin zu sagen, daß wir das, was wir an Erfolgen vorzuweisen haben, auch entsprechend darstellen und vermarkten müssen. Damit müssen wir der Bevölkerung vor Ort über die Erfolge, trotz aller Kritik und kritischen Auseinandersetzungen mit den Problemen, Mut machen.

Dritte Vorbemerkung: Es gibt regional gesehen ohne Zweifel Bereiche, die relativ gesehen eine schon sehr günstige Entwicklung mitmachen, wo es neuen Aufschwung gibt, wo es neuen Mut gibt, wo auch Bereitschaft vorhanden ist, etwas umzusetzen und die auch günstige Voraussetzungen dafür haben. Ich werde Ihnen das nachher auch gleich zeigen. Andererseits gibt es Räume, in denen eben sehr hohe Probleme vorherrschen, die auch mittelfristig kaum zu bewältigen sind. Diese Situation deutet darauf hin, daß wir aus der Sicht der Regionalpolitik dafür plädieren, regional differenzierte Programme durchzuführen. Wo immer eine solche Möglichkeit besteht – die Länder wie Sachsen und Thüringen betreiben das ja schon sehr intensiv – sollte eine regional differenzierte Regionalpolitik betrieben werden, um sich nicht von Generalkonzepten verwirren zu lassen. Die Antwort dazu heißt regionales Marketing. Die Regionen, die wir betreuen, sollen sich so darstellen, daß sie ihre Vorteilswerte und Stärken präsentieren und damit den Hinweis geben, daß es hier Chancen für neue Ansatzpunkte gibt. Nun mag man dies insoweit abtun, weil unsere Schwerpunkte in Thüringen und Sachsen liegen und die Bedingungen dort ohne Zweifel günstiger sind, wie in manch anderen der neuen Länder, wo der Strukturbruch einfach gravierend ist, sei es im Bereich der Landwirtschaft oder auch und insbesondere im Bereich der Industrie.

Diese regionale Differenzierung kommt in der Abbildung (Hinweis: Tabellen und Abbildungen in Anlage 7) zum Ausdruck. Sie finden hier Angaben zum Stand März 1996. Die Situation der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe läßt die klassischen Strukturen erkennen, die wir historisch schon immer hatten: Ein sehr hoher Anteilswert in Thüringen und insbesondere in Sachsen, ausstrahlend nach Sachsen-Anhalt und je weiter wir nach Norden gehen, um so bescheidener ist der Anteilswert der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe. Das heißt, trotz der Deindustrialisierung, trotz erheblicher Rückgänge im

Bereich der Industrie, ist diese Struktur heute noch sehr prägnant vorhanden. Dies ist ein ganz wesentlicher Teil, der die These von der regional differenzierten Regionalpolitik noch einmal unterstreicht.

1995 haben wir versucht, eine Antwort auf die Frage zu finden, gibt es Gewinner, gibt es Verlierer dieser Entwicklung im regionalen Feld? Nehmen Sie diese etwas dunkel schraffierten Bereiche. Auf dieser Abbildung sehen Sie sofort, daß wir einmal den Speckgürtel um Berlin haben, der ohne Zweifel ein solches Vorteilsbild widerspiegelt. Dann sehen Sie die Grenzräume gegenüber den westdeutschen Bereichen, also gegenüber Hessen und Bayern, dann eine Achse, die von Plauen über Zwickau, Chemnitz bis Dresden führt, dann den Bereich um Cottbus, um Leipzig und Magdeburg. Demgegenüber weisen die längsschraffierten Bereiche Nachteile auf. Ich betone im besonderen Maße neben Mecklenburg-Vorpommern den Grenzraum gegenüber Polen und in Sachsen das Gebiet um Zittau herum, also eben auch noch einbezogen den klassischen Bereich des Erzgebirges, wo wir sehr viel über die Frauenarbeitslosigkeit in diesem Bereich gehört haben. Diese Abbildung verdeutlicht den Versuch, etwas von einer regionalen Differenzierung aufzuzeigen und damit auch ein Plädoyer zu halten über diese regionale Differenzierung, die sich bei Investoren natürlich im besonderen Maße niederschlägt.

Sie haben heute erhebliche Wachstumsbereiche gerade in diesen suburbanen Zonen um die Großstädte herum, haben dort Bodenpreissteigerungen und im besonderen Maße Wohnbautätigkeit. Hier herrscht sehr starke Aktivität auch westdeutscher großer Bauunternehmen und Bauträger, die zu dieser Situation beitragen.

Wenn man jetzt nun die neuesten Daten mit heranzieht, so will ich dies anhand von drei Bildern aufzeigen. Anhand der Arbeitslosenquote sehen Sie, wie sich zunächst einmal ein relativ positives Bild im Juni 1994 widerspiegelte. Die erste Euphorie der Entwicklung, die sich 1991, 1992 bis Anfang 1993 vollzog, sorgte auch 1994 noch im Arbeitsmarkt – relativ gesehen – für eine positive Situation. Diese Situation gab damals Anlaß zu der Prognose, daß das eigentlich ein ganz günstiger Entwicklungsgang werden wird. Selbst wenn man die Entwicklung im Dezember 1995 hinzunimmt, ist das auch noch in ähnlicher Weise positiv gewesen.

Sie sehen, daß sich aus der Situation, wie wir sie noch 1995 hatten – mit einem günstigen Anteilswert um Berlin, um Leipzig, Dresden, im Bereich um Plauen sowie in weiten Teilen Thüringens – in der Zwischenzeit doch erhebliche negative Entwicklungen ergeben haben. Hinzu kommen die Einbrüche im Bereich der kleinen und mittleren Betriebe, die ja Ende diesen Jahres in besonderem Maße auch noch anstehen. Eine Form, die wir sehr wohl sehen müssen, denn der Anteilswert von Neugründungen ist ja viel bescheidener, als man sich zunächst erhofft hat. Und wenn man jetzt daraus wieder so eine Typisierung der Bereiche vornimmt, um eine Antwort auf Ihre Frage zu finden, wo gibt es so etwas wie Gewinner. Dann sehen Sie, daß sich das Bild 1996 deutlich gegenüber 1995 oder 1994 verändert hat. Die größeren Bereiche mit hohem Zu-

strom, mit Wachstum, mit Wohnungsbautätigkeit, mit sehr starker Zunahme des Pkw-Besitzes oder mit anderen Kriterien, die man für solche Zwecke heranzieht, sind enger geworden. Wir haben sie noch im Vorfeld des Erzgebirges, wir haben sie um Leipzig herum, wir haben Sie noch in manchen Städten, auch in Thüringen gibt es solche Fälle, aber dieser Ansatz, den man zunächst eigentlich als sehr günstige Basis zu werten gehabt hat, hat sich doch sehr klar verändert.

Was ziehen wir daraus für eine Konsequenz? Ich denke, daß die regional differenzierte Betrachtung im Sinne einer neuen Regionalpolitik mit klarer Aussage auf die Problemlagen einer Region ausgerichtet, eigentlich noch im weit stärkeren Maße gilt, als das bislang der Fall war.

Zweitens, daß neben der von der Bundesregierung geforderten Schwerpunktsetzung auf die großen Zentren hin, die 12 Zentren in den neuen Ländern, die kleinen und die mittleren Städte, die Städte zwischen 70.000 und 100.000 Einwohnern, vielleicht sogar um 50.000 Einwohnern, eine besondere Kategorie der Förderung bilden sollten mit einem sehr starken Engagement für die Ansiedlung und Neugründung kleiner und mittlerer Betriebe in zukunftsorientierten Branchen. Diese Chance ist durchaus gegeben, wenn wir uns auch hier mit allen Möglichkeiten moderner Gewerbepolitik, z. B. Junghandwerkerhöfe beschäftigen, was im Zeichen der Europäischen Union sehr stark forciert wird und der Bildungszentren sowie der Dienstleistungszentren diesem Thema widmen.

Neben dem Fremdenverkehr und den Dienstleistungen ist sicherlich ein weiteres Thema im folgenden Fragenkreis zu sehen: Wir müssen bei privaten Investoren Chancen für die Finanzierung öffentlicher Einrichtungen schaffen, also dieser Form, die ja in allen Bundesländern derzeit zu einem wesentlichen Teilaspekt führt.

Betrachten Sie jetzt bitte einmal die Beschäftigtenentwicklung 1991 bis 1994 mit der rückläufigen Beschäftigtenentwicklung insgesamt. Sie ist relativ bescheiden in Plauen, Zwickau und in Leipzig. Die Entwicklung im Umfeld von Berlin – wobei diese Einbindung in Arbeitsamtsbezirke nicht sehr glücklich ist, weil damit auch Regionen, die sich nicht so positiv entwickeln, ebenfalls mit in die Betrachtung einbezogen werden – zeigt uns, daß wir fast klassische Strukturen wiederfinden. Wenn Sie noch einmal auf Ihre Grundsatzfrage diese Abbildung anwenden, sehen Sie, im Süden liegen die schon jetzt mehrfach apostrophierten Schwerpunkte, daneben Cottbus, Frankfurt/Oder und das Umfeld von Berlin, der Norden Neubrandenburgs, Schwerin und Teile an der Ostseeküste, die hier als Wirtschaftsstandorte herauszuarbeiten sind.

Unser Plädoyer ist deshalb, neben den 12 Schwerpunkten, die die Bundesregierung gesetzt hat, müssen weitere gesetzt werden. Auf solche Standorte wie Frankfurt an der Oder, wie Cottbus, wie Rostock, wie Schwerin muß gesetzt werden, um deutlich zu machen, daß es noch zusätzlich solche Impulse auf

dieser Mittelstadtebene gibt, die eigentlich tragfähig für die Zukunft sind. Ich danke Ihnen.

**Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD):** Vielen Dank Herr Professor Maier. Ich darf jetzt Herrn Dr. Schmachtenberg bitten, das Wort zu nehmen.

**Dr. Rolf Schmachtenberg:** Vielen Dank vor allem für die Einladung, hier sprechen zu dürfen und einige Thesen, zu dem ja sehr breiten Thema „Erfolge und Probleme im Transformationsprozeß in Wirtschafts- und Sozialpolitik einschließlich eines Ausblicks“ vorzutragen. Dabei haben Sie einige Fragen mit auf den Weg gegeben, die man bei der Ausarbeitung dieser Thesen berücksichtigen möge. Dabei fiel mir auf, daß ein großer Teil dieser Fragen sich noch einmal mit den Ausgangsbedingungen befaßte.

Ich denke, es ist sicherlich klar, daß die Ausgangsbedingungen, wie sie die Planwirtschaft gegeben hat, nicht die optimalen für den Aufbau der Wirtschaft waren. Ich glaube aber auch, daß die Entwicklung sicherlich auch inzwischen sehr stark durch Entscheidungen geprägt ist, die nach 1989 getroffen wurden.

Meines Erachtens sollte man in solch einer Bilanz auf alle Fälle einige Erfolge hervorheben, bevor man sich dann den Problemen zuwendet.

Die Erfolge, die in der Einkommenssituation erzielt wurden oder auch der Erfolg, daß der Transformationsprozeß bislang im sozialen Frieden ablief, sind meiner Meinung nach sehr wesentlich und stark herauszuheben. Wir sollten auch nicht verschweigen, daß die Quote der Arbeitsplätze je Einwohner in den neuen Bundesländern nicht geringer ist, als in den alten Bundesländern. Wir sollten auch nicht verschweigen, daß Enormes beim Aufbau einer modernen Infrastruktur (Telekommunikation, Fernstraßen, Schnellzugverbindungen, Strom- und Erdgasversorgung) geleistet wurde und noch geleistet wird, und wir sollten auch nicht verschweigen, daß der Übergang hier sehr viel geordneter verlief als in den meisten G.U.S.-Ländern. Ich glaube, daß dafür auch sehr viele Bürger dankbar sind.

Aber es gibt eben auch eine Reihe von Problemen und an erster Stelle steht sicherlich die extrem hohe Arbeitslosenquote, die auch auf einem sehr hohen Niveau in diesem Jahr bleiben wird, und die, wie jetzt gerade eben deutlich wurde, regional differenziert zu sehen ist. Da gibt es Lichtpunkte wie Dresden und Potsdam und daneben, oft schon ganz dicht dabei, große Schatten und wenig Bewegung. Zu beachten ist weiterhin die Ausgrenzung bestimmter Personengruppen wie z. B. Frauen ab 50 Jahren, die faktisch keine Chancen mehr auf dem Arbeitsmarkt haben und möglicherweise, wenn sie alleinstehend sind, eine relativ geringe Altersversorgung vor sich haben.

Ein weiterer Problembereich resultiert aus dem extremen Rückgang der Geburtenquote. Sicherlich kann sich diese jetzt wieder an das westdeutsche Niveau anpassen, aber das niedrige westdeutsche Niveau ist aus meiner Sicht auch nicht gerade ein sehr positives Kennzeichen unserer Gesellschaft.